

■ Europäischer Kongress: Shortcut Europe 2010

Cultural Policy and Social Exclusion. Kulturelle Strategien und soziale Ausgrenzung

Der *Fonds Soziokultur* wird vom 3. bis 6. Juni 2010 in Dortmund in enger Kooperation mit der *Kulturstiftung des Bundes* und der *Kulturpolitischen Gesellschaft* einen europäischen Kongress im Kontext der Kulturhauptstadt Europas »RUHR.2010« durchführen. Weitere Partner des Kongresses sind die *Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren* und der *Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen* sowie deren europäische Verbände *European Network of Cultural Centers (ENCC)* und *arts4all, the european art school network*. Die Organisation des Kongresses übernimmt die Kulturpolitische Gesellschaft.

Kontext und Ziel

Zum zweiten Mal veranstaltet der Fonds Soziokultur e.V. damit einen internationalen Kongress in der europäischen Veranstaltungsreihe »Shortcut Europe«, die im Jahr 1996 in Kopenhagen begründet worden ist. Nachdem die erste Tagung in Deutschland im Jahr 1999 im Rahmen der Kulturhauptstadt Europas in Weimar zum Thema »Kultur & Konflikt« stattgefunden hat, wird die Kulturhauptstadt Europas RUHR.2010 im nächsten Jahr der programmatische und regionale Kontext von Shortcut Europe 2010 sein, der sechsten Veranstaltung in dieser Reihe. Sozi-

okulturelle Zentren und Akteure aus ganz Europa werden eingeladen, um über die Theorie und Praxis sowie die Situation und Perspektiven der Soziokultur in Europa zu diskutieren und um den Erfahrungsaustausch und die Vernetzung der europäischen soziokulturellen Zentren und Akteure zu intensivieren. Inhaltlicher Bezugspunkt ist dabei die Frage, ob und inwieweit es der Soziokultur gelingt, zur aktiven kulturellen Teilhabe »bildungsferner« gesellschaftlicher Schichten beizutragen bzw. den Zusammenhang von sozialer und kultureller Ausschließung in ihrer Programmatik und Praxis zu diskutieren.

Der Fonds Soziokultur und seine Partner reagieren damit auf die Initiative der EU, im Jahr 2010 Fragen der sozialen Inklusion, der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zum Thema zu machen. Auch Ruhr.2010 will eine »Kulturhauptstadt für alle« (Fritz Pleitgen) sein und hat deshalb die »soziale Teilhabe« als Ziel formuliert und konkrete Maßnahmen entwickelt. Kulturelle Teilhabe ist auch auf europäischer Ebene zu einem Schlüsselbegriff der kulturpolitischen Diskussion geworden.

Adressaten

Der Kongress richtet sich in erster Linie an Einrichtungen und Akteure der »soziokulturellen Szene« im weiteren Sinne. Adressaten

sind also nicht nur Vertreter Soziokultureller Zentren (entsprechend dem bundesdeutschen Verständnis), sondern auch Kinder- und Jugendkulturzentren und Einrichtungen der kulturellen Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit, die spartenübergreifend ausgerichtet sind und sich den soziokulturellen Ideen (Stichworte: Empowerment, Lebensweltbezug, inklusive Ausrichtung, interkulturelle Orientierung) verpflichtet fühlen. Eingeladen werden Einrichtungen und Akteure in den Mitgliedsländern der Europäischen Union.

Diskussionsforum

Kongressbegleitend wollen wir ein Diskussionsforum in den *Kulturpolitischen Mitteilungen* und auf der noch zu erstellenden Website des Kongresses www.shortcuteurope.org initiieren, um die Thematik »Cultural Policy and Social Exclusion. Kulturelle Strategien und soziale Ausgrenzung« auch im kulturpolitischen Zusammenhang zu diskutieren und einen größeren Kreis an Interessenten anzusprechen. Den Auftakt zu diesem Diskussionsprozess bilden Überlegungen von Norbert Sievers, Reinhold Knopp und Jochen Molck, die den gesellschafts- und kulturpolitischen Begründungszusammenhang skizzieren und Fragen formulieren, die auf dem Kongress diskutiert werden sollen.

Kurt Eichler

■ Kultur nicht für alle? Kulturpolitik und gesellschaftliche Teilhabe

Jeder Bürger muss grundsätzlich in die Lage versetzt werden, (kulturelle, d.V.) Angebote in allen Sparten und mit allen Spezialisierungsgraden wahrzunehmen, und zwar mit einem zeitlichen Aufwand und einer finanziellen Belastung, die so bemessen sein muss, dass keine einkommensspezifischen Schranken aufgerichtet werden. Weder Geld noch ungünstige Arbeitszeitverteilung, weder Familie oder Kinder noch das Fehlen eines privaten Fortbewegungsmittels dürfen auf die Dauer Hindernisse bilden, die es unmöglich machen, Angebote wahrzunehmen oder entsprechende Aktivitäten auszuüben.« (Hoffmann 1979: 11)

Kein geringerer als der ehemalige Frankfurter Kulturdezernent Hilmar Hoffmann hat

diesen Auftrag der öffentlichen Kulturpolitik vor nunmehr 30 Jahren ins Stammbuch geschrieben. Seine demokratische Vision und die vieler seiner Mitstreiterinnen und Mitstreiter war es, kulturelle Teilhabe möglichst vielen, wenn nicht allen Menschen zu ermöglichen. Was ist aus dieser Utopie geworden?

1. Desiderat Kulturelle Teilhabe

Auch wenn die Forschungslage mit Blick auf die kulturelle Beteiligung eher dürrig ist, so kann doch trotz der imposanten kulturstatistischen Nutzungsdaten festgestellt werden, dass die Vorstellung eines ständig wachsenden Kulturinteresses – jedenfalls mit Blick auf die Zeitverwendung für kulturelle Aktivitäten – empirisch nicht belegt werden kann. Aus dem

Vergleich der Zeitbudgeterhebungen des Statistischen Bundesamtes aus den Jahren 1991/92 und 2001/02 geht hervor, dass es in diesem Jahrzehnt kein signifikantes Wachstum der Zeitverwendung für kulturelle Teilhabe gegeben hat (s. Ehling 2005: 95).¹ Dieser Befund ist umso bemerkenswerter, als sich die Voraussetzungen für kulturelle Partizipation – mehr Kaufkraft, mehr Freizeit, höhere formale Schulabschlüsse und ein überproportional gewachsenes Angebot – in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert haben. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen hat also offenbar nicht oder nicht mehr zu einer allgemein wachsenden kulturellen Beteiligung geführt. Der erwartete Fahrstuhleffekt, also die Anhebung des Niveaus der kulturellen Parti-

zipation auf eine höhere Ebene, ist nicht eingetreten – jedenfalls nicht in der Größenordnung, die der erreichten Fülle und Vielfalt des mit öffentlichen und privaten Mitteln vorgehaltenen Kulturangebotes entsprechen würde.

Für die Kulturpolitik ist dieser Sachverhalt, sollte er sich empirisch erhärten lassen, mehr als irritierend, begründet sich doch das Wachstum der Angebote in der Regel damit, mehr Menschen erreichen und die kulturelle Teilhabe intensivieren zu wollen. Sie muss jedoch zur Kenntnis nehmen, dass das kulturelle Interesse kein unbegrenzt verfügbares Gut ist, sondern eine knappe Ressource, um die sich viele Anbieter bemühen. Die Ausweitung des öffentlichen Kulturangebotes im Zuge der Neuen Kulturpolitik der letzten drei Jahrzehnte, die Konkurrenz der privaten Anbieter im Freizeit- und Kulturbereich und vor allem die Aufmerksamkeit, die die (digitalen) Medien an sich binden, haben eine neue Situation geschaffen: Die Wahlmöglichkeiten der potenziellen Kulturnutzer sind enorm gestiegen. Die Folge ist, dass das Interesse an Kultur nicht nur vermehrt, sondern auch geteilt und auf die verschiedensten privaten und öffentlichen Offerten der Freizeitgestaltung neu verteilt wird. Dem quantitativen Wachstum und der Vielfalt der Kulturangebote steht heute eine differenzierte Nachfrage gegenüber, aber nicht unbedingt eine angemessene Vermehrung der Teilnehmer und Nutzer und ein größeres Zeitbudget für Kultur insgesamt. Es gibt zwar mehr Besuche, aber nicht unbedingt mehr Besucher, was die Kulturstatistik in der Regel verschweigt bzw. nicht offenlegt.

Soziale Selektivität der Kulturnutzung

Allein aufgrund dieser Tatsache liegt es im wohlverstandenen Eigeninteresse der Kulturpolitik, sich mit der Angebotsorientierung in der Kulturpolitik auseinanderzusetzen und die

Frage zu stellen, wie weitere Nachfrager gewonnen werden können. Der dafür notwendige Perspektivenwechsel empfiehlt sich ferner aus einem weiteren Grund: der nach wie vor vorhandenen sozialen Selektivität der kulturellen Beteiligung, der mit dem Slogan »Kultur für alle« bereits in den 1970er Jahren der Kampf angesagt worden war, ohne allerdings eine durchschlagende Wirkung zu entfalten. Zwar konnte im Rahmen der angebotsorientierten Neuen Kulturpolitik ein neues Interesse für Kultur entwickelt werden, das sich regional, sektoral und institutionenspezifisch auch in einer konkreten Zunahme der Besuchszahlen nachweisen lässt, aber das große Ziel, wirklich *alle* Bevölkerungsgruppen an dem öffentlichen Kulturangebot teilhaben zu lassen, wurde nicht annähernd erreicht.

Noch immer bleibt die Hälfte der Menschen außer vor und nur 5 bis 10 Prozent der Bevölkerung bilden den verlässlichen Kern der Vielnutzer, um den sich immer mehr Anbieter bemühen und für den in den letzten

Es gibt zwar mehr Besuche, aber nicht unbedingt mehr Besucher, was die Kulturstatistik in der Regel verschweigt bzw. nicht offenlegt.

drei Jahrzehnten immer mehr und immer exklusivere Angebote auf öffentliche Kosten zur Verfügung gestellt wurden. Dabei gibt es nach wie vor einen klaren Zusammenhang zwischen Bildung, Sozialstatus und kultureller Beteiligung. Die »kulturelle Spaltung« zwischen Nutzern und Nicht-Nutzern kultureller Einrichtungen, die sich anhand sozialer Kriterien klar unterscheiden lassen, hat sogar zu- und nicht etwa abgenommen (s. Opatowski 2005: 211ff.). Vor allem die Bildung ist ein durchschlagender Indikator. Das Kulturpublikum ist ein Abiturpublikum.² Mit

anderen Worten: Der Zusammenhang von sozialer Exklusion und kultureller Ausschließung verfestigt sich und dies – relativ gesehen – paradoxerweise umso mehr, je mehr Angebote geschaffen werden.

Dies ist nicht nur in Deutschland so. Auch für andere europäische Länder werden vergleichbare Entwicklungen beschrieben (s. Eh-

ling 2005: 94). So verweist etwa der Direktor der Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia, Pius Knüsel, »auf ein paar explosive Tatsachen aus dem Kulturbereich«, weil durch die Vermehrung der Kulturinstitutionen offenbar auch dort »vor allem die Nutzungsfrequenz des ohnehin kulturbegeisterten Publikums angehoben« und die Zahl der Produzierenden gesteigert werden konnte, während die vielen Menschen, die erreicht werden sollten, weiterhin »vor dem Bildschirm sich vergnügen.« (Knüsel 2005: 9) Eine vor ein paar Jahren publizierte Statistik zum Freizeitverhalten der Schweizer besage, »dass 80% nie oder nur sehr selten Theater, Oper oder Museen von innen sehen.« Auch dem Kino gehe es mit »71% (Fast-)Abstinenten« (ebd.: 11) nicht besser.

Die legitimatorischen Belastungen und die Risiken, die in diesen Feststellungen für die Kulturpolitik begründet liegen, die vor nunmehr 40 Jahren im Westen Deutschlands mit dem Motto »Kultur für alle« angetreten ist, sind größer als die Akteure in diesem Politikfeld sich dies gemeinhin eingestehen, zumal sie nicht das Ende einer Entwicklung beschreiben, sondern voraussichtlich erst den Anfang. Gründe gibt es dafür viele: den Wandel der kulturellen Interessen (hier vor allem das abnehmende Interesse bei jungen Menschen an klassischer Musik), die demografische Entwicklung, die weiter wachsende Bedeutung der internetbasierten Medien, aber auch die sozioökonomische Entwicklung in den europäischen Ländern und hier insbesondere die zunehmende Kluft zwischen »arm« und »reich«.

Kultur und Armut

Die Diskussionen über Armutsentwicklungen in den europäischen Ländern haben seit Ende der 1990er Jahre eine neue Qualität erfahren. Im Vordergrund steht nun nicht mehr alleine die Frage nach den sozialen Unterschieden des »Oben« und »Unten«, vielmehr richtet sich der Blick in der sozialwissenschaftlichen Diskussion auf Problemlagen, die mit gesellschaftlicher Desintegration einhergehen. Unter der Überschrift »Exklusion« wird die Frage in den Mittelpunkt gerückt, ob die lang anhaltende Arbeitslosigkeit und Armut Menschen so weit von Teilnahmemöglichkeiten ausschließt, dass von einem »Draußen« und »Draußen« bzw. einem »Draußen« im »Draußen« die Rede sein muss. Besonders augenfällig wird diese »Ausgrenzung in der Gesellschaft« (Martin Kronauer) angesichts einer Kinderarmut (die Angaben schwanken zwischen 17 und 26 Prozent), dem Armutsrisiko Alleinstehender oder auch der drohenden Altersarmut. Ausgrenzung betrifft nicht mehr »nur« Randgruppen. In vielen gesellschaftlichen Bereichen machen Menschen Erfahrung-

Literatur:

- Berger, Jens (2008): Mogelpackung Armutsbericht, www.spiegelfechter.com/wordpress/365/mogelpackung-armutsbericht
- Ehling, Manfred (2005): Zeit für Freizeit und kulturelle Aktivitäten. Ergebnisse aus Zeitbudgeterhebungen, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.), Jahrbuch für Kulturpolitik 2005, Thema: Kulturpublikum, Bonn/Essen, S. 87–97
- Glaser, Hermann / Stahl, Karl-Heinz (1974): Die Wiedergewinnung des Ästhetischen. Perspektiven und Modelle einer neuen Soziokultur, München
- Hoffmann, Hilmar (1979): Kultur für alle. Perspektiven und Modelle, Frankfurt/M.
- Keupp, Heiner (2008): Sozialpsychologische Dimension der Teilhabe. In: Maedler, Jens (Hrsg.): TeilHabeNichtse. Chancengleichheit und kulturelle Bildung, München, S. 20–26
- Knüsel, Pius (2005): Langes Werben, zäher Widerstand. Neue Paradigmen für die Kulturförderung, in: Passagen, Nr. 40, 2005/06
- Krings, Eva / Roters, Andreas / Sievers, Norbert / Siewert, Jörg / Zühlke, Werner (1990): Bausteine für eine kommunikativ und ökologisch orientierte Kulturpolitik, in: Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 51, IV 1990, S. 16–21
- Opatowski, Horst W. (2005): Die kulturelle Spaltung der Gesellschaft. Die Schere zwischen Besuchern und Nicht-Besuchern öffnet sich weiter, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.), Jahrbuch für Kulturpolitik 2005, Thema: Kulturpublikum, Bonn/Essen, S. 211–217
- Winkler, Michael (2007): Unterschicht, Kultur und soziale Arbeit. Eine andere Geschichte, in: Maedler, Jens (Hrsg.), TeilHabeNichtse. Chancengleichheit und kulturelle Bildung, München, S. 27–38

gen von sozialer Exklusion, ohne sich dem institutionellen Rahmen entziehen zu können. Sie machen Erfahrungen des Versagens im System Schule, bei Bewerbungen um Arbeit, im Wohnquartier etc. Sie erleben, dass sie nicht gebraucht werden, und fühlen sich überflüssig. Eine solche subjektiv erfahrene Desintegration hat weitreichende Folgen für die gesellschaftliche Teilhabe und letztlich für das demokratische System – bis hin zur Nichtbeteiligung bei Wahlen.

Mittlerweile reicht die Unsicherheit der sozialen Situation und der drohenden Deklassierung oder Marginalisierung bis in die Mitte der Gesellschaft. Der sozioökonomische Status der ehemals breiten Mittelschicht hat sich deutlich verschlechtert. Der letzte Armutsbericht der Bundesregierung weist aus, dass die Schere zwischen »arm« und »reich« in Deutschland sich immer weiter öffnet und zwar in einer Geschwindigkeit, die selbst kritische Experten überrascht (s. Winkler 2007: 30). Im Jahr 2005 besaßen 50 Prozent der Haushalte nur knapp 4 Prozent des gesamten Nettovermögens, während 47 Prozent dieses gesamten Vermögens den reichsten 10 Prozent der Haushalte zuzurechnen war. »Die Armutsquote ist von 1998 bis 2005 um 50% gestiegen, von 12 auf 18%; das sind vier Mio. Arme mehr und die Tendenz ist unverändert.« (Berger 2008) Wen wundert es da, dass wieder von Klassengesellschaft die Rede ist. Zehn Millionen Menschen sollen einen Anspruch auf Hartz IV oder Sozialgeld haben, was die Teilhabe an kulturellen Angeboten erheblich einschränkt, wenn nicht verunmöglicht. Diese Menschen können sich Theater- oder Opernkarten schlichtweg nicht mehr leisten, wenn sie sich jemals leisten konnten oder wollten. Auch daran wird deutlich, dass immer mehr Menschen in eine Randlage gedrängt werden, »die sie als sozialen und kulturellen Ausschluss erleben.« (Winkler 2007: 30)

Wichtiger als dies ist aber die Angst vor dem sozialen Abstieg. Erst im Mai 2009 hat eine Studie der GfK-Marktforschung im Auftrag der *Welt am Sonntag* gezeigt, dass 28,4 Prozent der Menschen in Deutschland befürchten, dass sie durch die anhaltende Wirtschaftskrise gesellschaftlich abrutschen könnten (*ddp* vom 9.5.09). Für immer größere soziale Gruppen haben diese subjektiv erfahrenen Bedrohungen problematische Folgen, die sich sowohl in einem steigenden Mithaltdruck und einer größeren Konkurrenz als auch in Resignation und Rückzug konkretisieren können. Die »gefühlte Armut« reicht mittlerweile viel weiter in die Mittelschicht hinein und führt dazu, dass viele Menschen sich selbst aus dem öffentlichen Leben ausschließen, bevor sie sozialstrukturell faktisch ausgeschlossen sind. Und das ist keine gute Voraussetzung für kulturelle Beteiligung, zumindest dann nicht, wenn damit

ein Verhalten gemeint ist, das nicht auf den passiven Konsum von medialen Unterhaltungsangeboten reduziert bleibt.

Soziale Exklusion hat jedoch nicht nur eine materielle Dimension. Sie meint nicht nur den Ausschluss vom Erwerb zum Leben notwendiger Güter und Dienstleistungen und auch nicht nur die Reduzierung gesellschaftlicher Teilhabechancen, sondern hat auch Folgen für die Persönlichkeitsentwicklung jedes Betroffenen. Die individualisierte, von überlieferten Sinn- und Verpflichtungssystemen entlastete Gesellschaft hat eben nicht nur Freiheits- und Vielfaltsgewinne zur Folge – schon gar nicht für alle –, sondern erhöht auch die subjektiven Anforderungen an die Ausbildung stabiler Identitäten. Wenn »soziale Schnittmuster für die alltägliche Lebensführung ... ihren Gebrauchswert (verlieren)« und »Lebenssinn zur Eigenleistung der Subjekte« wird (Keupp

2007: 20ff.), weil stützende »Meta-Erzählungen« dafür ihre Überzeugungskraft verloren haben oder nicht mehr zur Kenntnis genommen werden, dann stellt sich die Frage, wer diese fehlenden Voraussetzungen kompensieren kann und wer nicht. Bastelidentitäten sind nicht jedermanns/-fraus Sache.

Die Fähigkeiten zur Selbstorganisation, »Selbstsorge« (Michel Foucault), »Selbsteinbettung« (Heiner Keupp) oder einer »Politik der Lebensführung« (Anthony Giddens) sind eben nicht jedem gegeben und können auch nicht von allen Menschen gleichermaßen erworben werden.³ Vielmehr entscheiden sich auch daran die Fragen der sozialen Exklusion, der Ungleichheit und des Risikos gesellschaftlicher Desintegration, weil die Bedingungen der individuellen Identitätsentwicklung und einer gelingenden Sozialisation sehr unterschiedlich sind und mit der sozialen

Soziale Tatsachen in Deutschland

»In Deutschland erhalten 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche Sozialhilfe. Das sind doppelt so viele wie 2004.«

Quelle: *Deutscher Kinderschutzbund (2008)*

»14 Prozent der Menschen, die im Jahr 2000 noch zur Mittelschicht zählten, leben inzwischen in Armut.«

Quelle: *Armutsbericht der Bundesregierung (2008)*

»In Deutschland gilt derjenige als arm, der von weniger als 880 Euro im Monat lebt. Das sind 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens. 18 Prozent der Deutschen sind demnach arm.«

Quelle: *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2007)*

»42 Prozent der Alleinerziehenden leben von Hartz IV. Damit sind allein erziehende Mütter und Väter die Gruppe mit dem höchsten Armutsrisiko.«

Quelle: *Deutscher Gewerkschaftsbund (2008)*

»40 Prozent der Kinder aus ärmeren Familien sind Mitglied in einem Sportverein, aus wohlhabenden Familien sind es 72 Prozent der Kinder. Nur 4 Prozent besuchen Kurse an einer Musikschule. 11 Prozent lesen täglich in Büchern oder Zeitschriften. 23 Prozent lesen nie. Bei Kindern aus wohlhabenden Familien ist das Verhältnis umgekehrt: 46 Prozent lesen täglich, drei Prozent nie.«

Quelle: *World Vision Kinderstudie (2007)*

»6,5 Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnbereich. Das sind 22 Prozent aller Beschäftigten. 43 Prozent mehr als 1995.«

Quelle: *Institut für Arbeit und Qualifikation (2008)*

»Tariflöhne in Ostdeutschland:

5,50 Euro bekommt ein Fleischerleger in Sachsen.

3,22 Euro bekommt ein Gartenbauarbeiter in Thüringen.

3,05 Euro bekommt eine Friseurin in Brandenburg.«

Quelle: *WSI-Tarifarchiv (2008)*

»Die Bruttolöhne im unteren Einkommenssegment sind zwischen 1995 und 2005 um 1,9 Prozent gesunken. Im gleichen Zeitraum sind die Vorstandsgehälter der dreißig größten deutschen Aktienunternehmen um 300 Prozent gestiegen.«

Quelle: *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2007)*

»Nur noch 55 Prozent aller Beschäftigten haben eine klassische Vollzeitstelle.«

»Fast jeder zweite Arbeitnehmer übt mittlerweile ein atypische Beschäftigung aus. Dazu zählen Minijobs, Ein-Euro-Jobs, Teilzeitarbeit, befristete Stellen und Leiharbeit.«

Quelle: *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2008)*

»In der Unterschicht können knapp 20 Prozent weniger Kinder schwimmen als in der Oberschicht. Etwa die Hälfte aller Förderschüler verbringt zwei und mehr Stunden täglich vor dem Fernseher.«

Quelle: *World Vision Kinderstudie (2007)*

Alle Angaben entnommen aus: Friedrichs, Julia, Müller, Eva, Baumholt, Boris (2009): *Deutschland Dritter Klasse. Leben in der Unterschicht*, Hamburg (Hoffman und Kampe)

Lage korrespondieren. Dabei wird davon ausgegangen sein, dass die größeren Zumutungen der eigenen Identitätsarbeit zwar alle Menschen betreffen, aber in ihren problematischen Folgen im unteren Bereich der Einkommensskala kumulieren, weil Lebenssouveränität und Selbstorganisation eine ausreichende materielle Absicherung und kulturelle Kompetenzen voraussetzen, die jedoch sozial ungleich verteilt sind.

Dieser Zusammenhang von sozialer und kultureller Benachteiligung respektive der Verschränkung der alten vertikalen sozialen Ungleichheit mit einer »neuen« Struktur kultureller Differenz einschließlich der damit verbundenen kulturellen Kompetenzen ist nicht neu, sondern wurde bereits vor zwanzig Jahren gesehen.⁴ Allerdings rückt heute die soziale Frage wieder stärker in den Vordergrund.

Soziokultur: Strategien gegen soziale Ausgrenzung?

»Soziokultur ist der Versuch, ... Kunst als Kommunikationsmedium zu begreifen – als eine und zwar sehr gewichtige Möglichkeit, die plurale (und damit auch in vielfältige Einzelinteressen, Interessenkonflikte, Verständigungsbarrieren) zerklüftete Gesellschaft auf

der »kommunikativen« Ebene zusammen zu bringen.« (Glaser/Stahl 1974: 25f.)

In der kulturpolitischen Konzeption des ehemaligen Nürnberger Kulturreferenten und Wegbereiters vieler soziokultureller Projekte und Modelle (z.B. die Kulturläden) Hermann Glaser war Soziokultur ein Politik- und Integrationsbegriff. Es ging ihm darum, Kultur als »schichtenspezifisches Erlebnis« und die damit verbundene »soziale Zuteilungsbegrenzung« zu problematisieren. Er wollte und will Kultur nicht als »Weihestunde des Geistes«, sondern als »alltägliche Angelegenheit« begreifen, der man sich »ungeniert« und »unbekümmert« annähern kann, und Strategien entwickeln, die es erlauben, Kultur in einem »nicht-affirmativen« Sinne zu vermitteln (ebd.: 29). Sein »kulturelles Curriculum« sah »Spielräume« vor, die den Menschen auf ihrer Suche nach Identität Möglichkeiten für Identitätsfindung anbieten und auf »Gesellschaftsveränderung« vorbereiten: im »Durchspielen (Durchdenken, Durchfühlen) von Möglichkeiten.« (ebd.: 35) Kulturpolitik war für ihn unzertrennlich verbunden mit dem »Wagnis der Demokratie«, mit Emanzipation, Gerechtigkeit und Inklusion: dem »Bürgerrecht Kultur«. Der Begriff der Soziokultur war für ihn dabei eine »Hilfskonstruktion«, die solange ihre Berechtigung behalten sollte, wie die von ihm formulierten Ansprüche nicht erfüllt seien.

Der Fonds Soziokultur hat sich auf diese Tradition programmatisch verpflichtet und greift sie mit dem Kongress »Shortcut Europe 2010« bewusst auf, um sie zu aktualisieren und im Licht der neuen Verhältnisse und im europäischen Zusammenhang zu diskutieren. Kann Kulturpolitik, können Kulturarbeit, kulturelle Bildung und Kulturpädagogik Strategien gegen soziale Ausgrenzung entwickeln? Nehmen sie die sozialen Tatsachen in der Gesellschaft überhaupt noch wahr? Kann und sollte Soziokultur integrierend wirken, wo doch die Vielfalt allenthalben als erwünschtes und zu förderndes kulturelles Muster empfohlen wird? Kann die kulturelle Bildung tatsächlich und breitenwirksam bei der Persönlichkeitsbildung von Kindern und Jugendlichen behilflich sein und kulturelle Techniken vermitteln, die ein selbst bestimmtes Leben ermöglichen? Erreicht sie die Menschen, die dieser Hilfe bedürfen? Ist Chancengleichheit noch ein Ziel der Kulturpolitik und kann/sollte Kulturarbeit kompensatorisch wirken? Was kann sie dazu beitragen, dass Lebenssinn, Lebensqualität und Lebensfreude durch Kunst und Kultur für alle Menschen möglich werden? Lässt sich kulturelle Teilhabe als Gegenmacht begreifen und wo beginnt

die Überschätzung der Möglichkeiten, das Abrutschen in einen kostengünstigen Reparaturbetrieb?

Inwieweit gelingt es den soziokulturellen Zentren und Projekten, die kulturelle Teilhabe möglichst vieler sozialer Gruppen zu ermöglichen? Ist der theoretisch formulierte Anspruch einer »Kultur für alle« noch in den Köpfen präsent und wie sieht die Praxis aus? Um wen geht es in der Kultur(-arbeit), um die Mitte der Gesellschaft oder die Einbeziehung ihrer Ränder? Gibt es neue Ansätze und Methoden der aktivierenden Kulturarbeit und des Empowerments in der europäischen Soziokultur? Gibt es gemeinsame Bezugspunkte für ein alternatives Handeln zum kulturellen Mainstream, auch in Zusammenarbeit mit den etablierten Kulturinstitutionen? Inwieweit haben diese Institutionen soziokulturelle Erfahrungen und Ansätze übernommen? Wo gibt es Bezugspunkte zu den Kunstprojekten, die sich gegen soziale Ausgrenzung und Diskriminierung wenden? Wo wird Vorbildliches und Modellhaftes geleistet, das sich nachzuahmen lohnt? Wer sind die Akteure und Adressaten einer neuen »Kultur für alle«? Wie ist es um ihre institutionellen und finanziellen Arbeitsbedingungen bestellt? Wie wird die Zukunft dieses Praxisfeldes eingeschätzt?

Diese Fragen sollen im Zentrum des Kongresses stehen, sowohl auf der kulturpolitischen Ebene des Anspruches an Kulturarbeit als auch in Hinblick auf pragmatische Lösungsansätze. Wie kann Kultur geöffnet werden? Welche Folgen ergeben sich für Gestaltung von Eintrittspreisen bzw. Ermäßigungssystemen? Welche Maßnahmen können die Einrichtungen auch wirklich umsetzen, ohne selber in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten? Muss Kulturarbeit mehr aufsuchende Aktivitäten beinhalten, also an die Orte derer gehen, die nicht von selber kommen, und wie ist dann eine Verknüpfung zur eigenen Einrichtung herzustellen? Mit welchen Kulturprojekten und Kulturangeboten werden Menschen erreicht, die sonst nicht kommen oder nicht mehr kommen? Wie können insbesondere Jugendliche aus sozial benachteiligten Lagen angesprochen werden? Wie können Schlüsselpersonen, die anderen »Türen öffnen«, qualifiziert und in die Einrichtungen integriert werden (Keyworkansatz), ohne dass dadurch die Arbeit der Einrichtung behindert wird, sondern dadurch eine Bereicherung erfährt?

Diese und andere Fragen sollen auf dem Kongress auf der Grundlage der Erfahrungen aus der europäischen Praxis diskutiert werden – als Beitrag des Kulturbereiches zum europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010 und als Möglichkeit der Selbstverständigung der soziokulturellen Akteure, denen die Verwirklichung des Bürgerrechts Kultur nach wie vor ein Anliegen ist.

Norbert Sievers, Reinhold Knopp,
Jochen Molck

1 Ehling (ebd.) nimmt sogar an, dass sich in Deutschland in den nächsten Jahren ein abnehmender Trend bei der »Wahrnehmung und Ausübung traditioneller kultureller Aktivitäten« zeigen wird. Die Zeitverwendung für kulturelle Tätigkeiten ist jedoch nicht gleichbedeutend mit der Häufigkeit der Kulturnutzung. So kann es durchaus sein, dass die Anzahl der Veranstaltungsbesuche gestiegen ist, obwohl die durchschnittliche Zeit, die für kulturelle Aktivitäten aufgebracht wurde, gesunken ist. Dennoch ist die Zeitverwendung ein aussagekräftiger Indikator für kulturelles Interesse.

2 Dies bedeutet jedoch nicht, dass die größere Anzahl höherer Schul- und Hochschulabschlüsse automatisch zu mehr Kulturnutzung führt. So konnte Ehling (2005: 95) empirisch belegen, dass die Bildungsexpansion in den 1970er Jahren nicht zu einem kontinuierlichen Anstieg kultureller Aktivitäten geführt hat. Er vermutet vielmehr, dass die Sozialisation im Elternhaus eine größere Rolle bei der Ausbildung kultureller Interessen und der konkreten kulturellen Beteiligung spielt als das Bildungsniveau.

3 Winkler (2007: 31) spricht von einer Überlastungssituation, in die viele Menschen durch den Prozess der Individualisierung geraten seien, und sieht eine »existenzielle Dramatik«: »Die erzwungene und eigentlich gehaltlose Freiheit führt in eine Situation der »Entsicherung« und »Desozialisation.«

4 So heißt es etwa in den »Bausteinen für eine kommunikativ und ökologisch orientierte Kulturpolitik«: »Die alte vertikale Struktur sozialer Ungleichheit (und die damit verbundenen Lebensformen und Sozialmilieus) wird mehr und mehr überlagert durch eine neue horizontale Struktur der kulturellen Differenz. Während die soziale Pluralisierung der Hierarchisierungslogik der Zwei-Drittel-Gesellschaft folgt, fächern sich die Lebensweisen und die Vorstellungen von einem gelungenen Leben in allen Schichten und Milieus auf. Der wirtschaftliche Strukturwandel wird also begleitet von einem Wandel der Lebensformen und Orientierungen, d.h. von einer kulturellen Modernisierung – mit eigenen Gewinnern und Verlierern, die nicht nur sozial, sondern auch im regionalen Maßstab auszumachen sind.« (Krings u.a. 1990: 16f.)